

# FÜR SIE AUS BERLIN:

DR. MARLON BRÖHR BERICHTET



Foto: Jaqueline Felix

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in den letzten Monaten lag der thematische Schwerpunkt im politischen Berlin klar auf dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, der Energiekrise, dem Bundeshaushalt und dem Bürgergeld. Im Folgenden möchte ich Ihnen daher die aktuellen Einschätzungen der CDU/CSU-Fraktion zu den verschiedenen Themen und dem Agieren der Bundesregierung übermitteln.

Schaut man sich beispielsweise den nun verabschiedeten Bundeshaushalt 2023 an, ist von einer vielfach angekündigten Priorisierung und klaren Schwerpunktsetzung nichts zu sehen. Statt die Bundesausgaben zu konzentrieren, was in der aktuellen Krisensituation mehr als angebracht wäre, scheint die Ampel auch beim Bundeshaushalt nach dem beliebten Ampel-Motto „jeder bekommt etwas“ vorzugehen. Auch von dem lautstark angekündigten Abbau von Subventionen fehlt jede Spur. Am unverständlichsten ist aber angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa, dass sich beim Verteidigungsetat nichts Sichtbares tut. Wie das 2-Prozent-NATO-Ziel erreicht werden soll, bleibt unklar.

Liebe Leserinnen und Leser, neben den "schweren" Inhalten möchte ich Ihnen aber auch in diesem Bericht wieder einen kleinen Einblick in meine Arbeit als Abgeordneter des Wahlkreises Mosel/Rhein-Hunsrück geben. Sollten Sie Anregungen bezüglich der Inhalte des Berichts haben oder sich generell mit mir austauschen wollen, können Sie sich jederzeit gern an mich wenden. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Mit besten Grüßen

Ihr Marlon Bröhr



## THEMATISCHE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

### Zweite/ Dritte Beratung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023

In der Bereinigungssitzung hat der Haushaltsausschuss am **10. November 2022 den Gesetzentwurf Bundeshaushalt 2023 abschließend beraten. Dem folgten in der darauf folgenden Woche die Zweite und Dritte Lesung im Deutschen Bundestag.** Im Ergebnis sollen sich **Ausgaben und Einnahmen auf 476,3 Mrd. Euro belaufen.** Dabei soll die nach der Schuldenregel maximal zulässige Kreditaufnahme von 45,6 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft werden.

**Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler.** Hinzu kommt: In dem aktuellen Krisenmix, der unser Land in bisher ungekannter Weise herausfordert, braucht es eine schnelle, wirkungsvolle und zielgerichtete Unterstützung. Von all dem ist im Bundeshaushalt 2023 nichts zu sehen. Zwar wird die **Schuldenbremse formal eingehalten, in Wirklichkeit hat die Ampel aber im Laufe des Jahres 2022 in verschiedenen Sondervermögen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe geparkt,** die ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse in den Jahren 2023 ff. ausgegeben werden sollen. Dies **verstößt gegen die Grundsätze von Haushaltswahrheit sowie -klarheit und Jährlichkeit.** Damit wird die formale Einhaltung der Schuldenbremse 2023 zur Farce. Zum Vergleich: Die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in den Jahren 1949-1990 summierte sich auf gerade einmal rund 500 Mrd. Euro. In nur einem Jahr häuft die Ampel Schulden in gleicher Höhe an.

### Bundeswehreinsatz in Mali

Das **Mandat für den Bundeswehreinsatz in Mali** soll im **Mai 2023 letztmalig um ein Jahr verlängert** werden. Darauf hat sich die Bundesregierung nun in einem Kompromiss geeinigt. Das nächste Mandat wird ein Übergangsmandat sein, welches auch als „strukturiertes Auslaufmandat“ bezeichnet wird. **Ziel ist der Abzug der Bundeswehr bis Mai 2024.**

Die **Einordnung unserer CDU/CSU-Fraktion** lautet wie folgt: **Die Entscheidung der Bundesregierung stellt einen faulen Kompromiss auf Kosten unserer Soldatinnen und Soldaten dar.** Die Regierung bleibt eine Antwort schuldig, wie der Einsatz vernünftig weitergeführt werden soll. Damit ist es unseren Soldatinnen und Soldaten praktisch unmöglich, ihren Auftrag vor Ort zu erfüllen. **Es fehlt jedwede strategische Antwort darauf, wie man die Herausforderungen in Mali - Terrorismus, Instabilität und den wachsenden russischen Einfluss - angehen will.** Die Begründung der Bundesregierung, man wolle mit einem weiteren Verbleib für 1 ½ Jahre die Wahlen in Mali im Frühjahr 2024 unterstützen, ist an den Haaren herbeigezogen. Statt fauler Kompromisse braucht es endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept der Bundesregierung für den Sahel.

Weitere Informationen der Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr finden Sie [hier](#).

## Kompromiss zum Bürgergeld

Ziel der Union ist und bleibt es, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Wer einen Job sucht, muss dabei unterstützt und weitergebildet werden. Gleichzeitig ist es **dringend erforderlich, dass die Regelsätze in der Grundsicherung zum 1. Januar 2023 deutlich angehoben werden**. Mit unserer Einigkeit in der Ablehnung des von der Ampel beabsichtigten Systemwechsels haben wir im Vermittlungsausschuss dafür gesorgt, dass das Prinzip „Fordern und Fördern“ erhalten bleibt. Wir haben erreicht, dass es vom ersten Tag des Leistungsbezugs an möglich bleibt, auf Pflichtverletzungen mit Leistungskürzungen zu antworten. Denn: Die von der Ampel angestrebte fast vollständig sanktionslose Vertrauenszeit von sechs Monaten wird gestrichen.

Der ursprünglich unverbindliche Kooperationsplan wird von Anfang an rechtsverbindlich ausgestaltet. Das heißt: Die **Jobcenter fordern die Leistungsempfänger von Anfang an verpflichtend dazu auf, die verabredeten Pflichten einzuhalten**. Tun sie dies nicht, so sind **Leistungskürzungen möglich**. Bei diesen Kürzungsmöglichkeiten haben wir den Spielraum, den das Bundesverfassungsgericht gelassen hat, weitgehend ausgeschöpft. Auch haben wir sichergestellt, dass das vorgesehene **Schlichtungsverfahren nicht missbraucht werden kann**, um Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen zu umgehen.

Bei einem weiteren wichtigen Punkt, den hohen Vermögensfreigrenzen während der sogenannten „Karenzzeit“ zu Beginn des Leistungsbezugs, haben wir ebenfalls einen Erfolg errungen: Diese **Karenzzeit haben wir von zwei auf ein Jahr halbiert, die Kosten der Heizung werden in dieser Zeit nur in angemessener Höhe übernommen und die Vermögensfreigrenzen werden fast halbiert** (Reduzierung beim Leistungsbezieher gegenüber den Ampel-Plänen von 60.000 Euro auf 40.000 Euro und für jede weitere Person von 30.000 Euro auf 15.000 Euro). Die Grundsicherung bleibt eine steuerfinanzierte Sozialleistung, die bestimmte Voraussetzungen hat und die Zeit bis zur Rückkehr in eine Beschäftigung überbrückt.

## Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz

Mit dem Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz wird die **Soforthilfe in Form der Abschlagszahlung für Dezember** geregelt werden. Für Bezieher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme heißt das zunächst, dass im Dezember die Pflicht entfällt, vertraglich vereinbarte Voraus- oder Abschlagszahlungen zu leisten. Der **Bund erstattet Energielieferanten und Wärmeversorgungsunternehmen die ausbleibenden Zahlungen und finanziert diese einmalige Entlastung**. Die Bundesregierung will so eine finanzielle Brücke bauen bis zur regulären Einführung der Gaspreisbremse, die für Anfang kommenden Jahres geplant ist. Taugliche Vorschläge für die endgültige Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse bleibt die Ampelregierung hingegen weiter schuldig.

## Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs

Wir haben diesem Gesetz nach einem sorgfältigen Abwägungsprozess zugestimmt. Wir **unterstützen die von uns seit Langem geforderte Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner** ausdrücklich.

Die im Gesetz enthaltene Erhöhung der Midijob-Grenze auf 2.000 Euro lehnen wir ab.

In den ersten Entlastungspaketen hatte die Ampel bewusst Rentnerinnen und Rentner von der Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro ausgenommen. Dies hat sie mit der deutlichen Rentenerhöhung zum 1. Juli dieses Jahres begründet. Erst auf Druck von CDU/CSU und den Sozialverbänden hat die Ampel nachgebessert und mit diesem Gesetz die **Zahlung einer Pauschale von 300 Euro für Rentenempfänger sowie Versorgungsbezieher des Bundes zum 15. Dezember 2022** ermöglicht.

Die **Midijob-Grenze wurde bereits mit dem Mindestlohngesetz zum 1. Oktober 2022 von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben**. Mit dem Gesetz zur Energiepreispauschale wird sie **innerhalb kürzester Zeit erneut angehoben, und zwar auf 2.000 Euro zum 1. Januar 2023**.

## AUSWAHL AN INITIATIVEN DER CDU/CSU-FRAKTION

### Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten.

Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt. Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Wir **fordern** deshalb die **Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH**, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.

### Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika

Russlands Einfluss in Afrika hat über die letzten Jahre signifikant zugenommen. **Durch „Guerilla Geopolitics“ gelingt es Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen**. So schafft es der Kreml, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher ist uns die Bundesregierung eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent schuldig geblieben. Das tun wir mit unserem Antrag, der eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie wir dem russischen Engagement besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können.

### Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden.

Deutschland hat eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt. In Krisenzeiten schlägt oftmals die Stunde der Wissenschaft. Umso wichtiger ist es, dass die Wissenschaft in der aktuellen Energiekrise nicht vergessen wird. Die **hohen Energiepreise stellen für die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems eine existenzielle Bedrohung dar**. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, durch ein aktives Krisenmanagement die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland zu sichern.

### Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten

Die Bundesregierung setzt bei der Wärmewende einseitig auf Verbote und zu wenig auf Technologie. Daher haben wir als CDU/CSU in **diesem Antrag** 20 Vorschläge für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende entworfen.

## VERSCHIEDENES

### Meine Arbeit im Petitionsausschuss

Der aktuellen Situation geschuldet steht derzeit oftmals meine Arbeit im Verteidigungsausschuss im Vordergrund. Mitglied bin ich jedoch auch im **Petitionsausschuss**, den ich Ihnen/Euch gern vorstellen möchte.

Jeder Bürger kann sich nach **Artikel 17 des Grundgesetzes mit einer Bitte oder Beschwerde an den Bundestag** wenden. Diese landet dann beim **Petitionsausschuss, der die Petitionen prüft und berät**. Im **Jahr 2021 erreichten den Ausschuss 11.667 Petitionen**, und somit erfährt man als Mitglied natürlich aus erster Hand, wie sich Gesetze auf den Bürger auswirken und wie sie von der Gesellschaft angenommen werden.

Eingereicht werden können Petitionen beispielsweise über das folgende **Portal: <https://epetitionen.bundestag.de/epet/peteinreichen.html>**. Die Petitionen werden zum Anlass genommen zu prüfen, ob das Parlament in einem bestimmten Anliegen aktiv werden sollte. Petitionen, die auf Wunsch des Petenten veröffentlicht werden und die **Unterstützung von mehr als 50.000 Menschen** haben, werden sogar **öffentlich beraten**.

Die **Arbeit im Ausschuss wird fraktionsintern in den jeweiligen Arbeitsgruppen vorbereitet**. In der Arbeitsgruppensitzung am 11. Oktober war Friedrich Merz zu Gast und hat sich ein Bild von unserer Arbeit machen können.

Weitere Informationen zum Petitionsausschuss finden Sie **[hier](#)**.



*Besuch des CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz in der Arbeitsgruppe Petitionen*

## Konstituierung der Enquete-Kommission Afghanistan

Ein interessanter Tag in meinem Abgeordnetenalltag: Die Konstituierung der Enquete-Kommission des Bundestages "**Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands**". Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eröffnete die konstituierende Sitzung, auf der Michael Müller MdB (SPD) zum Vorsitzenden und die Bundestagsabgeordnete Serap Güler (CDU) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden.

Der Kommission gehören insgesamt **24 Mitglieder** an: 12 Bundestagsabgeordnete und 12 Sachverständige. Meine Fraktion hat drei Sachverständige benannt, Dr. Ellinor Zeino von der Konrad-Adenauer-Stiftung, General a. D. Jörg Vollmer und Prof. Dr. Carlo-Antonio Marsala von der Universität der Bundeswehr München. Ich werde mich als stellvertretendes Mitglied an der Arbeit der Kommission beteiligen.

Rund **zwei Jahre stehen der Kommission zur Verfügung**, um **20 Jahre Afghanistan-Einsatz von Bundeswehr, Polizei, Diplomaten und Entwicklungshelfern aufzuarbeiten**. Vor allem soll es darum gehen, Lehren für zukünftige Auslandseinsätze zu ziehen. Denn neben allem Fortschritt, der in den ersten Jahren des Einsatzes erreicht wurde, sind Fehler passiert, bis hin zum verheerenden und überstürzten Abzug 2021. Diese zu analysieren sind wir all jenen schuldig, die im Einsatz vor Ort waren. Allen voran den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die wir mit entsprechenden Beschlüssen des Bundestages nach Afghanistan geschickt hatten.

Warum waren beispielsweise die erzielten Fortschritte nicht nachhaltig und warum konnten und können die Taliban innerhalb so kurzer Zeit alle Erfolge zunichtemachen?

Ich freue mich darauf, diesen wichtigen Fragen nachzugehen.



19.09.2022: Konstituierung der Enquete-Kommission Afghanistan

## WAHLKREISRELEVANTE INFORMATIONEN

### Zusammenarbeit im Wahlkreis Mosel/RheinHunsrück

Wir sind uns einig: Dem ländlichen Raum gehört die Zukunft - wir müssen nur die Weichen im Land und Bund richtig stellen! Gemeinsam wollen wir unsere Heimat weiter voranbringen. Wir treten ein für Mosel, Eifel, Rhein und Hunsrück! Ich freue mich sehr über die tolle Zusammenarbeit mit den Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Karina Wächter, Anke Beilstein, Tobias Vogt und Dennis Junk.



v.l.n.r.: Tobias Vogt, MdL, Anke Beilstein, MdL, Dennis Junk, MdL, Karina Wächter, MdL, Marlon Bröhr, MdB

### 50 Millionen Euro Förderung für den Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück

Mit einem vorläufigen Förderbescheid hat der Bund dem **Landkreis Rhein-Hunsrück** Mittel in Höhe von **33,6 Millionen Euro** und dem **Landkreis Berncastel-Wittlich** Mittel in Höhe von **16,2 Millionen Euro** bewilligt. Die Gelder stammen aus dem sogenannten **„Graue-Flecken-Förderprogramm“** und werden in den Gigabitausbau fließen. Zweck der Förderung ist die Unterstützung eines effektiven und technologieneutralen Breitbandausbaus in allen **Gebieten, die derzeit nicht über ein Netz verfügen, welches allen Endkunden eine Datenrate von mindestens 100 Mbit/s im Download zur Verfügung stellt.**

Die Förderzusage ist eine tolle Nachricht für die beiden Landkreise. Eine gute digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für die Schaffung eines attraktiven Lebens- und Arbeitsumfeldes im ländlichen Raum. Es hat mich sehr gefreut, dass der von der Bundesregierung verkündete Stopp des „Graue-Flecken-Förderprogramms“ keine negativen Auswirkungen auf die bereits eingereichten Anträge aus meinem Wahlkreis zu haben scheint. Am 17. Oktober hatte das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur überraschend bekannt gegeben, den ersten Aufruf zur Auftragseinreichung zu beenden. Als Grund wurde auf das sehr hohe Antragsvolumen verwiesen, welches dazu führte, dass die für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits ausgeschöpft seien.

Die aktuelle Gigabitstrategie der Bundesregierung finden Sie **[hier](#)**. Diese wurde im Juli 2022 verabschiedet.

## BESUCH AUS DER HEIMAT

### Die Auszubildenden der Verbandsgemeinde Kirchberg in Berlin

Vielen Dank an die **Auszubildenden der Verbandsgemeinde Kirchberg** für den tollen Besuch bei mir in Berlin und die interessanten Fragen!

Ausgetauscht haben wir uns insbesondere über meinen persönlichen Weg in die Politik, meine Ziele als Mitglied des Deutschen Bundestages für unseren Wahlkreis, den Parlamentsalltag in Berlin sowie die aktuellen großen politischen Herausforderungen.

Ich freue mich immer über Besuch aus der Heimat und das große Interesse an unserer Demokratie!



08.11.2022: Besuch der Auszubildenden der Verbandsgemeinde Kirchberg

### Eine Woche Praktikum im Deutschen Bundestag

"Eine spannende Woche bei meinem Bundestagsabgeordneten! Die Reise nach Berlin hat sich gelohnt.

In der Woche vom **17. bis zum 21. Oktober** durfte ich den Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Marlon Bröhr bei seiner Arbeit begleiten. Dabei bekam ich eine Führung durch die Häuser des Parlaments. Ebenso konnte ich Einblicke in die Abläufe des Petitionsausschusses und der Arbeitsgruppe Petitionen gewinnen. Plenumsitzungen durfte ich mir auch ansehen. Außerdem konnte ich bei diversen anderen Veranstaltungen dabei sein. Es war ein interessanter und eindrucksvoller Einblick in den Alltag eines Bundestagsabgeordneten."- **Sophie Oberst**



Praktikantin Sophie Oberst

## Besuch des Sanitätsunterstützungszentrums Cochem und Informationstechnikbataillons 282 Kastellaun im Deutschen Bundestag in Berlin

Es hat mich sehr gefreut, am 9. November 2022 das **Informationstechnikbataillon 282** unter Leitung von Oberstleutnant Buford aus **Kastellaun** und am 27. September 2022 das **Sanitätsunterstützungszentrum Cochem** in Berlin begrüßen zu dürfen.

Das Informationstechnikbataillon 282 ist eines von insgesamt sechs Informationstechnikbataillonen und dem Kommando CIRCyber- und Informationsraum in Bonn unterstellt. Der Verband **sorgt mittels Funk, Satellitenkommunikation und dem mobilen Kommunikationssystem für eine reibungslose Kommunikation an der Basis im Inland und in den Einsatzgebieten der Bundeswehr**. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Das **Sanitätsunterstützungszentrum Cochem** ist mit seinen 11 Sanitätsversorgungszentren und ab 2023 mit einem Facharztzentrum für die truppenärztliche, truppenzahnärztliche und fachärztliche Versorgung an 18 Standorten verantwortlich. **Schwerpunkt ist die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldatinnen und Soldaten in Rheinland-Pfalz und dem Saarland**. Zudem wird durch das Sanitätsunterstützungszentrum Cochem die Flugunfallbereitschaft für den Fliegerhorst Büchel sichergestellt und der Schieß- und Übungsbetrieb auf dem Truppenübungsplatz Baumholder sanitätsdienstlich abgesichert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Ich habe mich sehr gefreut, die beiden Gruppen, bestehend aus hoch motivierten, top ausgebildeten und immer einsatzbereiten Soldatinnen und Soldaten in Berlin begrüßen zu dürfen. Wir hatten im Paul-Löbe-Haus interessante Diskussionen über unterschiedliche Themen: die Ausstattung der Bundeswehr, das Sondervermögen, die Wehrpflicht und den Alltag eines Bundestagsabgeordneten.



*Sanitätsunterstützungszentrum Cochem*



*Informationstechnikbataillon 282 Kastellaun*

## BPA-Gruppe in Berlin

Wieder eine super Gruppe bei meiner zweiten Berlinfahrt vom **21.09.22 - 24.09.22**: **Weinhoheiten von der Mosel** und **Bürgermeisterinnen und Bürgermeister** aus dem **Kreis Cochem-Zell** habe ich als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für ihr Engagement zu einer **politischen Informationsfahrt** in die **Hauptstadt** eingeladen. Unsere Bürgermeister leisten einen unglaublichen Einsatz für unsere Städte und Gemeinden, und unsere Weinmajestäten sind Botschafterinnen des Weines und damit unserer ganzen Region. Dieses **Engagement ist wertvoll für unsere Heimat**.

Ich freue mich, dass ich unseren Weinhoheiten und Kommunalpolitikern mit der Informationsfahrt einen **Einblick in das politische Berlin** geben konnte – dabei kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz! Im Mittelpunkt stand der **Besuch des Reichstages mit einem Informationsvortrag und der Besichtigung der Kuppel**. Bei einem Gespräch habe ich Einblicke in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter und die parlamentarische Arbeit gegeben. Eine an politischen Gesichtspunkten orientierte **Stadtrundfahrt** durch die Bundeshauptstadt, informative Führungen in der **Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen** (ehemalige Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi) und im **Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit** sowie unter anderem der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer rundeten das interessante Besuchsprogramm ab.



*Foto: Bundesregierung/ StadtLandMensch-Fotografie*

### Hintergrund

Organisiert vom Bundespresseamt (BPA), erhält jeder Bundestagsabgeordnete die Möglichkeit, **dreimal im Jahr eine Besuchergruppe mit maximal 50 Teilnehmern** nach Berlin einzuladen. Diese erhalten bei der **viertägigen Reise** einen Einblick in das politische Berlin, besuchen Museen, Ministerien und treffen mich zu einem persönlichen Gespräch.

Da das Interesse an diesen Fahrten sehr hoch ist, habe ich mich dazu entschieden, zu diesen Fahrten hauptsächlich ehrenamtlich engagierte Menschen aus meinem Wahlkreis als Zeichen der Wertschätzung einzuladen. Sollten Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gern an mein Berliner-Büro wenden!

## Im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück unterwegs

Während der Sommerpause konnte ich vermehrt Termine in meinem Wahlkreis wahrnehmen. Ich habe mich sehr über die zahlreichen Begegnungen mit Ortsbürgermeistern, Bürgern und die intensive Zusammenarbeit mit meinen Kollegen aus dem rheinland-pfälzischen Landtag gefreut. Einige Termine habe ich auf **Facebook**, **Instagram** und natürlich auch auf meiner **Homepage veröffentlicht**. Also schauen Sie gern dort einmal vorbei!

Liebe Leserinnen und Leser, scheuen Sie sich auch weiterhin nicht, mit Ihren Anliegen, Fragen und Anregungen auf mich zuzukommen. Ich freue mich über den Austausch mit Ihnen und besuche Sie gern in Ihrem Verein, Unternehmen oder Ihrer Gemeinde. Zur Vereinbarung eines Termins können Sie sich jederzeit via **E-Mail (marlon.broehr@bundestag.de)** oder unter der **030/22 77 33 08** an mein Berliner-Büro wenden!



« Bleiben Sie auf dem Laufenden!